

BURKHARD BALZ

Mitglied des Europäischen Parlamentes

25. August 2010

Rede vor der Gesellschaft für Wehr- und Sicherheitspolitik e.V. Sektion Minden in der
Heeresfliegerwaffenschule Bückeburg-Achum

(es gilt das gesprochene Wort)

"Griechenland und die Finanzkrise - Auswirkungen für unsere Sicherheit"

Sehr geehrte Damen und Herren,

ich freue mich, heute Abend hier bei Ihnen sprechen zu können.

Wie manche von Ihnen ja vielleicht wissen, habe ich - vor langer Zeit - meinen Wehrdienst an der Heeresfliegerwaffenschule Bückeburg-Achum geleistet. Daher komme ich immer gern hierher zurück und habe mich über Ihre Einladung besonders gefreut.

Auf den ersten Blick scheine ich mich für eine Rede bei der Gesellschaft für Wehr- und Sicherheitspolitik e.V. nicht unmittelbar zu eignen. Immerhin beschäftige ich mich bei meiner Abgeordnetentätigkeit in Brüssel und Straßburg vor allem mit der Finanz- und Wirtschaftspolitik. Ich bin Mitglied im Ausschuss für Wirtschaft und Währung, sowie im Sonderausschuss zur Wirtschafts-, Finanz- und Sozialkrise.

Was hat das mit Sicherheit zu tun?

Wie nicht nur die jüngste Krise aufgezeigt hat, beeinflusst die wirtschaftliche Entwicklung unmittelbar die politischen und gesellschaftlichen Perspektiven dieser und künftiger Generationen. Zahlreiche Länder in- und außerhalb der Eurozone haben in den letzten Jahren alarmierend hohe Verschuldungsraten angesammelt. Die Länder, die besonders hart von der Krise betroffen sind, ringen derzeit mit den Auswirkungen und mit weitreichenden Maßnahmenpaketen. In Ländern wie Griechenland und Spanien droht die Durchsetzung der Sparpakete für die Regierungen zu einem Drahtseilakt zu werden. Griechenland sitzt auf einem Schuldenberg von rund 300 Milliarden Euro.

Dies entspricht 115% des BIP.

Bis Ende 2012 muss Griechenland zudem rund 86 Milliarden Euro fällig werdender Anleihen und weitere rund 40 Milliarden Euro für zu erwartende Haushaltsdefizite refinanzieren. Und das Land vor dem Bankrott zu bewahren, haben die Finanzminister des Euroraums daher im Mai den viel diskutierten Rettungsplan beschlossen. Insgesamt soll Griechenland bis 2012 Kredite in Höhe von bis zu 110 Milliarden Euro erhalten, was etwas mehr als ein Drittel der derzeitigen griechischen Staatsschulden abdeckt. Auf die Euro-Staaten entfallen davon 80 Milliarden, auf den IWF weitere 30 Milliarden Euro. Allein in diesem Jahr will sich Deutschland mit 8,4 Milliarden Euro beteiligen. Jedoch ist die Gleichzeitigkeit der enormen Einsparungen und erheblichen Mehrbelastungen eine extreme Herausforderung für Politik und Gesellschaft.

Die Sparmaßnahmen, die zur Reduzierung der Defizite beitragen, führen zum Verlust von Arbeitsplätzen, einer allgemeinen Verteuerung der Lebenshaltung durch Steuererhöhungen und zu Umsatzeinbußen durch eine Kaufzurückhaltung der Verbraucher. Daher ist eine der zentralen Fragen des Rettungspaketes: Kann Griechenland die harte Sanierung, die dem hochverschuldeten Land von Währungsfonds und EU abverlangt wird, überhaupt schaffen? Schweden wird gerne als positives Beispiel angeführt, das in den 90iger Jahren ein Budgetdefizit von mehr als 12% innerhalb weniger Jahre massiv zurückgefahren hat. Hier wird allerdings gerne übersehen, dass die Wachstumsaussichten für die Weltwirtschaft damals bedeutend rosiger als heute waren.

Umfragen der Athener Handelskammer signalisieren ein Klima der Unsicherheit und eine düstere Stimmung. Die Arbeitslosigkeit ist bereits auf ein Rekordhoch von 12% gestiegen, langfristig werden 15% erwartet. Für den Herbst wird wieder mit Streiks und Demonstrationen gerechnet. Der griechische Regierung ist aufgefordert, das Haushaltsdefizit und die explodierende Staatsverschuldung einzudämmen, soll aber gleichzeitig den Absturz der Wirtschaft in eine tiefe Rezession verhindern. Die Forderungen nach einem gleichzeitigen Strukturwandel, um die Wirtschaft international wettbewerbsfähiger zu machen, vollendet die Quadratur des Kreises, in der sich die Griechen befinden.

Das Elf-Millionen-Einwohnerland muss sich auf gravierende Änderungen einstellen. Um das Budgetdefizit von derzeit 13.6% auf unter 3 % bis 2014 zu drücken sind Einsparungen vor allem im öffentlichen Dienst vorgesehen. Laut IWF sind bisher bei den Ausgaben der öffentlichen Hand bis zu 75% in Löhne und soziale Transferleistungen geflossen. Hier soll durch Einsparungen bei Gehältern, durch Pensionskürzungen und Einstellungsstopps im öffentlichen Sektor rigoros gespart werden.

Die Mehrwertsteuer wird zum zweiten Mal in diesem Jahr um weitere zwei Punkte auf dann 23 Prozent heraufgesetzt. Bis 2013 will die Regierung in Athen 30 Mrd. EUR einsparen. Die Auszahlung weiterer Kredithilfen hängt von der Einhaltung der konkreten Vorgaben und Programmfortschritte ab. Hierzu gehören auch detaillierte Berichtspflichten, d.h. Griechenland muss Statistiken und Daten zum Stand der Umsetzung der Konsolidierungsmaßnahmen und zur aktuellen Entwicklung vorlegen. Ein Fokus liegt sicherlich bei den exorbitant hohen Verteidigungsausgaben.

Eine überdimensionierte Armee wie bisher wird Griechenland sich künftig nicht mehr leisten können. Der latente griechisch-türkische Konflikt in der Ägäis hat dazu geführt, dass Griechenland von 2005 bis 2009 zu den 5 größten Waffenimporteuren weltweit gehört hat. Griechenland ist nach der Türkei der zweitwichtigste Käufer deutscher Waffen und gibt aktuell nach wie vor 4,3 % seines Bruttoinlandsprodukts für die Verteidigung aus – das ist doppelt so viel wie Deutschland und mehr als jeder andere Nato-Staat, von den USA einmal abgesehen. Während nach den Statistiken der European Defence Agency in 2007 und 2008 Deutschland und Frankreich mit Zuwachsraten von 2% einen moderaten Verteidigungshaushalt vorlegten, leistete sich Griechenland eine Zuwachsrate von 11%. Der englische Verteidigungshaushalt wurde im gleichen Zeitabschnitt um 17% reduziert.

Die bizarren Scheingefechte, die sich die beiden Nato-Mächte Griechenland und Türkei seit Jahrzehnten über den griechischen Inseln liefern, bei denen türkische Kampfbomber in niedriger Höhe über griechische Inseln donnern und dann wieder von griechischen Jagdflugzeugen abgedrängt werden, trägt immer wieder den Keim eines heißen Konfliktes in sich, der über den Streit um den Besitz des Festlandssockels und einiger unbewohnter Eilande eskalieren könnte.

Welche existentiellen Ängste und Emotionen bezüglich des Militärhaushaltes auf griechischer Seite vorhanden sind, wurde mehr als evident, als Ende letzten Jahres ein Downgrade von Standard&Poors hingenommen wurde - nicht zuletzt weil die griechische Regierung nicht bereit war, alle Fakten des Militärhaushaltes zu veröffentlichen. Der griechisch-türkische Konflikt reibt sich aber auch an der hohen Zahl illegaler Einwanderer nach Griechenland und der nach wie vor ungelösten Zypern-Frage. Dem Vorwurf Griechenlands an die Türkei, nicht genug gegen die Schleuserbanden zu unternehmen, stehen die Befürchtungen Ankaras gegenüber, dass die Integration des griechischen Teils Zyperns in die EU eine Benachteiligung der türkischen Minderheit auf der Insel bedeutet.

Im kommenden Jahr soll das griechische Verteidigungsbudget um 25% sinken. Die Beschaffung von 40 Eurofightern, sechs Fregatten aus Frankreich und 40 russischen Schützenpanzern wurde auf unbestimmte Zeit verschoben. Obwohl Hellas schon seit vielen Jahren finanziell am Tropf hängt,

wurden die Waffenlager bisher mit EU Geldern unverdrossen gefüllt, nicht zuletzt zum Wohlgefallen vor allem französischer und deutscher Waffenschmiede.

Eine weitere Deeskalation in den griechisch-türkischen Zwistigkeiten liegt aber im nationalen und europäischen Interesse, da mit kriegerischen Auseinandersetzungen direkt vor unserer Haustüre keinem gedient ist. Ein weiterer Gesichtspunkt ist, die Griechen in ihren Reformbemühungen zu unterstützen, in der akzeptable Vereinbarungen mit der Türkei zu einer Entlastung bei den griechischen Verteidigungsausgaben führen sollten.

In den Zeiten knapper Kassen bleibt bei großen Teilen der Bevölkerung ein fader Nachgeschmack, was die Griechenland-Hilfe betrifft. Umstritten bleibt, ob die sogenannte „No-bailout-Klausel“ des Maastricht-Vertrages die Griechenland Hilfe zulässt. Nach Artikel 125 ist es nicht vorgesehen, dass ein Mitgliedsland für die Verbindlichkeiten eines anderen Mitgliedsstaates hafte oder eintrete.

Am zugesagten Drei-Jahres-Programm - im ersten Jahr geht es bilaterale Hilfen über insgesamt bis zu 30 Mrd. Euro - beteiligen sich alle Euro-Länder entsprechend ihrer jeweiligen Beteiligung an der Europäischen Zentralbank. Über die Gesamtlaufzeit des Programms ergibt sich ein rechnerischer Anteil Deutschlands in Höhe von 22,4 Mrd. Euro.

Das Bundesverfassungsgericht hat in seiner Entscheidung im Mai diesen Jahres auf einen entsprechenden Eilantrag keinen hinreichenden Grund gesehen, dass die „finanz- und währungspolitische“ Einschätzung der Bundesregierung zum Rettungspaket fehlerhaft sei. Dies betraf vor allem die Annahme, dass die Finanzstabilität der Euro-Zone insgesamt in Gefahr sei, insbesondere wenn einem weiteren Euro-Land die Zahlungsunfähigkeit drohen würde. Durch die Verschlechterung der Kreditkonditionen für weitere Mitgliedsstaaten, „die nicht alleine durch wirtschaftliche Fundamentaldaten“ erklärbar sind, hat die EU sich veranlasst gesehen, einen Schutzschirm in Höhe von 500 Mrd. Euro aufzulegen, die durch den IWF auf 750 Mrd. Euro ergänzt werden. Der Schutzschirm gliedert sich in zwei Stufen:

1. Europäischer Stabilisierungsmechanismus: Demnach kann die Europäische Kommission bis max. 60 Mrd. Euro aufnehmen und als Kredite an betroffene Länder weitergeben.

2. Bürgschaften: Erst wenn die EU-Kredite und die IWF-Mittel ausgeschöpft sind, können weitere Kredite über eine zwischenstaatliche Zweckgesellschaft vergeben werden. Der deutsche Bürgschaftsanteil beträgt hierbei 123 Mrd. EUR.

Die Frage bleibt, ob der europäische Schutzschirm mit EU-Recht vereinbar ist. Die europäischen Regierungen berufen sich auf Artikel 122 Absatz 2 des Vertrages über die Arbeitsweise der Europäischen Union, in dem vorgesehen ist, dass Mitgliedsstaaten die aufgrund von außergewöhnlichen Ereignissen die sich ihrer Kontrolle entziehen, von Schwierigkeiten betroffen sind, einen finanziellen Beistand zu gewähren. Die Gefahr, dass wir auf dem Weg in eine „Transferunion“ sind, d.h. vor einem europäischem Länderfinanzausgleich stehen, will ich nicht kleinreden und muss auf jeden Fall verhindert werden.

Wir sind aber zurzeit auf einem guten Weg.

Nach Auffassung der Europäischen Kommission hat Griechenland die Bedingungen für die zweite Darlehenstranche der Euro-Mitgliedsstaaten erfüllt. Das Haushaltsdefizit ist nach Angaben des griechischen Finanzministeriums um 39.7% zurückgegangen und damit um mehr als geplant. Positiv bewertet hat die Europäische Kommission die aktuelle Haushaltskonsolidierung und die damit einhergehenden Strukturreformen. Die Arbeitsmarktreformen und Deregulierungsmaßnahmen sollten bessere Rahmenbedingungen für die heimische Wirtschaft schaffen. Ein Fonds für finanzielle Stabilität wurde geschaffen und die griechische Zentralbank hat die Bankenaufsicht intensiviert. Diese Kommissionsbewertung wird am 7.September im Ministerrat erörtert, der dann final über die Auszahlung der Tranche entscheidet.

Welche Lehren müssen wir nun aus der „griechischen Krise“ ziehen?

An neuen Spielregeln oder einer Optimierung der geltenden Regeln wird intensiv in den europäischen Gremien gearbeitet. Es gilt den Stabilitätspakt durch eine „präventive Bewertung“ der nationalen Haushalte und geeignete Sanktionsmechanismen zu stärken. Dies ist in unser aller Interesse und wird sich „last not least“ auch in einer wieder positiveren Einschätzung des Euros und der künftigen Entwicklung der Eurozone an den internationalen Finanzmärkten widerspiegeln, vor allem wenn ersichtlich ist, dass wir die richtigen Lehren gezogen haben. Die durch Verfassungsregeln verankerte „deutsche Schuldenbremse“, die den Bund zwingt sein strukturelles, von der Konjunktur unabhängiges Haushaltsdefizit bis 2016 auf 0,35 % des Bruttoinlandsproduktes zurückzuführen, könnte auch für Europa die normative Basis für eine Anpassung der höchst unterschiedlichen nationalen Budgetregeln bilden.

Vorrangig erscheint mir vor allem eine Disziplinierung der Finanzpolitik. Die in Maastricht vertraglich vereinbarten Sanktionsschritte im Defizitverfahren sind Kann-Bestimmungen. Kein Schritt erfolgt automatisch. Alle Sanktionen unterliegen als Einzelfallentscheidungen dem Ministerrat.

Der bisherige Ablauf zeigt auf, dass die Politik hier in vielen Fällen nicht den Regeln gefolgt ist, sondern die Regeln ihren Prioritäten angepasst hat. Auch bei den derzeitigen Reparaturarbeiten ist zu befürchten, dass diese tendenziell dem Muster folgen, dass die Regeln nach den politischen Erfordernissen zu adjustieren sind, nach der realistischen Annahme dass Sünder weiterhin über Sünder richten werden.

Immerhin: alle aktuellen Vorschläge befürworten eine effektivere Koordinierung der Fiskalpolitik und der makroökonomischen Überwachung. Es soll ein Frühwarnsystem eingerichtet werden. Bezüglich der Härte etwaiger anzuwendender Sanktionen gibt es sehr unterschiedliche Auffassungen, wobei hier die EZB die stärkste Position vertritt. Das europäische Semester in dem die EU-Staaten künftig ihre Haushaltpläne vorab besprechen sollen, dürfte Gegenstand umfangreicher Diskussionen werden. Der kritische Punkt das Haushaltsvorrecht der nationalen Parlament dürfte auch durch die Einbindung des europäischen Parlamentes diese verfassungsrechtliche Problematik nicht heilen. Gleichwohl wäre das Europäische Semester ein geeignetes Mittel für eine wirksame Koordinierung europäischer Finanzpolitik Bei der Verabschiedung eines künftigen Krisenmechanismus für Staaten in Not sind sich alle Beteiligten darüber einig, dass hier hohe Maßstäbe gesetzt werden müssen, um die Gefahr des Moral Hazard zu verhindern. Dies wird nicht ohne die Einführung von quasi-automatischen Sanktionen und einer Umkehr der Beweislast im Defizitverfahren möglich sein.

Die Gegner der Konsolidierungspläne führen gerne ins Feld, dass weitere Etatkürzungen und Steuererhöhungen uns direkt in eine neue Rezessionsphase führen könnten. „Kaputtsparen“ ist hierzulande ein gängiger Slogan. Eine zunehmende Staatsverschuldung hilft aber nicht weiter, wenn die Märkte gerade dies als Problem ansehen. Auch denjenigen, die gegen Etatkürzungen antreten muss klar sein, dass für eine weitere Tragfähigkeit unseres Sozialsystems ein hohes Maß an Haushaltsdisziplin unabdingbar ist. Dies gilt umso mehr, wenn wir die demografische Entwicklung als einschränkenden Faktor des Generationenvertrags in Betracht ziehen.

Natürlich bleibt offen, ob die aktuellen Vorschläge den Euro auch künftig für unruhigere Gewässer wetter- und seefest machen werden. Die Aussichten sind jedoch gut, wenn die zentralen Inhalte der jüngsten Vorschläge auch umgesetzt werden. Ich bin daher zuversichtlich, dass Signale für einen Paradigmenwechsel hin zu einer ernsthaften Haushaltssanierung am Ende durch die Märkte honoriert werden.

Die aktuellen Maßnahmen der Bundesregierung mit den Konjunkturpaketen sowie die krisenbedingten Belastungen bei den Steuern und beim Arbeitsmarkt führen jedoch zu einer weit höheren Nettokreditaufnahme, als ursprünglich geplant. Der Bund der Steuerzahler rechnet mit einer Staatsschuld von knapp 1.800 Milliarden Euro am Ende dieses Jahres.

Allein die Neuverschuldung des Bundes wird sich 2010 vermutlich auf ca. 86,1 Milliarden Euro belaufen. Die Bundesregierung hat daher ein Paket beschlossen, mit dem bis 2014 rund 80 Milliarden Euro eingespart werden sollen. Subventionen für die Wirtschaft werden gekürzt werden, neue Abgaben, wie zum Beispiel eine Besteuerung der Finanzmärkte oder eine Luftverkehrsabgabe sollen eingeführt werden. Betroffen sind alle Ressorts, auch der Sozialetat oder das Verteidigungsministerium. Die Bundeswehr steht angesichts der knappen Haushaltslage vor neuen Herausforderungen - wie die Debatte um Wehrpflichtverkürzungen und Berufsarmee zeigen. Im September diesen Jahres stehen Entscheidungen an, die nicht nur signifikante Auswirkungen auf die personelle und materielle Ausstattung der Soldaten haben werden, sondern auch eine Neuorientierung im konzeptionellen Denken erfordern.

Der aktuelle Vorschlag den Verteidigungsminister Guttenberg vorgelegt hat, sieht nur noch rund 156.000 Zeit- und Berufssoldaten vor, ergänzt durch mindestens 7.500 Kurzzeitdiener, die einen freiwilligen Dienst zwischen 12 und 23 Monaten leisten würden. Der bei Aussetzung der Wehrpflicht entfallende Zivildienst soll nach Plänen des Familienministeriums durch einen freiwilligen Zivildienst ersetzt werden.

Einer Sicherheitspolitik nach Kassenlage stehen jedoch die neuen Anforderungen an die Bundeswehr gegenüber, nämlich die Anforderungen als moderne Armee in internationalen Einsätzen schnell und flexibel agieren zu können oder sich für längere Zeit zu engagieren - wie derzeit in Afghanistan. Dies aber setzt Einsparungen eine Grenze, wir dürfen nicht die Sicherheit der Soldaten im Einsatz gefährden.

Die ohnehin enormen Belastungen durch die Einsätze können auch nicht beliebig durch Verlängerung der Einsatzdauer gesteigert werden. Eine mit der Berufsarmee einhergehende Abschaffung des Zivildienstes würde erhebliche Probleme für zahlreiche soziale Dienste mit sich bringen. Immerhin wird inzwischen ein wesentlicher Teil der Arbeit in Sozial- und Pflegediensten, aber auch anderen Einrichtungen, von Zivildienstleistenden verrichtet.

Diese zu durch „freiwillige Dienste“ zu ersetzen würde deutlich mehr kosten. Von der Idee, die Wehrpflicht im Hinblick auf die künftige Kostenentwicklung abzuschaffen, bin ich auch noch nicht überzeugt. Alle Nachbarländer, die sich von der Wehrpflicht verabschiedet haben, mussten seither deutlich mehr Geld für die Rekrutierung von Soldaten und für ein entsprechendes Attraktivitätsprogramm ausgeben. Unsere Armee ist wehrpflichtgeprägt, und damit ist Deutschland bisher gut gefahren

Was also ist zu tun?

Als Europa-Abgeordneter liegt es mir natürlich nahe, auf europäischer Ebene nach Lösungsansätzen für Probleme zu suchen. Vielleicht bietet die Europäische Union ja auch im Bereich der Verteidigung langfristig Lösungsmöglichkeiten. Eine europäische Armee kann mit Sicherheit nicht das Ziel sein, aber vielleicht sind weitere Schritte der Integration im Bereich der Sicherheit und Verteidigung angesichts der heutigen Herausforderungen doch eine Überlegung wert.

Auch in der Finanz- und Wirtschaftspolitik müssen wir nachhaltige Reformen anstreben. Wir dürfen unsere Fehler nicht zweimal machen, die Schuldenberge sind hoch genug. Wirtschaft und Arbeit in Deutschland hängen in zunehmenden Maße von den wirtschaftlichen Bedingungen einer globalisierten Welt ab. Der Wohlstand unseres Landes ist gefährdet, wenn der Staat auf Dauer mehr ausgibt als er einnimmt. Stoppen wir die Verschuldung nicht, wird der Staat wichtige Aufgaben nicht mehr erfüllen können, wie die aktuellen Diskussionen um Sozial- und Verteidigungsetats eindrücklich aufzeigen. Die Stärke Europas bleibt aber auch die Chance Deutschlands. Ich bin überzeugt, dass ein geeintes Europa mit einer gemeinsamen Währung am besten unsere Interessen im internationalen Kontext wahrnehmen kann und damit unserer inneren und äußeren Sicherheit unmittelbar dient.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.